

UNGETEBENE MEINUNG ÜBER DIE »ERINNERUNGSPUNKTE«

Éva Kovács et al. (Budapest)

Die »ungebetene Meinung«
erscheint gleichzeitig mit der
ungarischsprachigen Veröffentlichung
im *Élet és Irodalom* v 16.05.2008.
Auf der Website der Wochenzeitung
ist auch die *Vorläufige Machbarkeits-*
studie zu lesen, unter: http://www.es.hu/pics/Oral_history_EMT.pdf.

Übersetzt von Amália Kerekes und
Béla Rásky.

1 Somlyódy, Nóra: Nagykoalíciós
történeti kutatás uniós pénzen
– Tudományos összegek
[Großkoalitionäre historische
Forschung aus EU-Geldern
– Wissenschaftliche Summen].
In: <http://www.mancs.hu/index.php?gcPage=/public/hirek/hir.php&id=16278>.

2 <http://www.nfu.hu> (Zugriffsdatum:
03.05.2008).

3 <http://www.terrorhaza.hu/terror2.html> (Zugriffsdatum: 03.05.2008).

4 <http://www.lettertothestars.at>.

Fachliche Besorgnis lässt uns zu Wort melden. Die Wochenzeitschrift *Magyar Narancs* befasste sich in ihrer Ausgabe vom 24. April 2008¹ mit dem geplanten Projekt der *Gemeinnützigen Stiftung für die Erforschung der Mittel- und Osteuropäischen Geschichte und Gesellschaft* (GSEMOGG), geleitet von Mária Schmidt, das sich auf die Erzählungen von Augenzeugen des 20. Jahrhunderts stützt. Im Folgenden unternehmen wir den Versuch, die der Presse zur Verfügung gestellte *Vorläufige Machbarkeitsstudie – Audiovisuelle Sammlung von Erinnerungen für die Stärkung sozialer Kohäsion (Erinnerungspunkte – Archiv des Gedächtnisses für das 20. Jahrhundert* [im Weiteren: VMS]) zu begutachten, die weder auf der Website der *Nationalen Entwicklungsagentur*² (NEA), noch des *Haus des Terrors*³ (geleitet von Mária Schmidt) und seiner Partnerinstitutionen zu finden ist und die bis dato als einziges Dokument der Öffentlichkeit vorliegt. Für die Begutachtung wurden wir nicht angefragt, wir haben jedoch auch keine Kenntnis davon, dass dieses Material von einem Experten für die NEA oder für die durchführende Institution begutachtet worden wäre. Der enorme Umfang des an sich schätzenswerten Ziels und Programms, der dem Vorhaben zu entnehmen ist, verpflichtet uns in Kenntnis der verfügbaren Informationen dennoch, die breitere Öffentlichkeit auf die möglichen Fehler und Gefahren der das Programm begleitenden Verfahren und des Programms selber aufmerksam zu machen. Zur Erinnerung: Dem Plan nach sollen GymnasiastInnen in den kommenden zwei Jahren 30.000 Interviews mit den Augenzeugen des 20. Jahrhunderts in 250 Schulen Ungarns durchführen. Die geplanten Kosten des Projekts belaufen sich auf 1.200 Millionen HUF (nach dem aktuellen Wechselkurs 4,6875 Millionen Euro).

I. Inhaltliche Anmerkungen

1. Das Projekt, wenngleich es sich als äußerst originell präsentiert, wärmt zwei alte »Konserven« auf: die internationalen, seit mehreren Jahrzehnten laufenden Dokumentationsprojekte und die seit einigen Jahren in Westeuropa florierenden Erinnerungsprogramme für GymnasiastInnen, und zwar in einer recht laienhaften Weise. Das Projekt zeigt kein Interesse für die Erfahrungen der beiden Ansätze (es ist zu befürchten, es kennt sie gar nicht) und profitiert aus ihren Erfolgen und Fiaskos ebenfalls nicht, was den Glauben zur Folge hat, dass SchülerInnen fähig seien, Interviews zu machen, und zwar gleich 30.000 an Stück. (Zur Information: Ein vergleichbar großes Archiv hat lediglich die *Shoah Foundation*, 52.000 Interviews nach 20 Jahren Arbeit. Das den ungarischen Kapazitäten näher stehende südafrikanische *Robben Island Museum* verfügt lediglich über 2.000 Interviews als Ergebnis einer zehn Jahre langen Arbeit, die mitteleuropäischen Archive haben aber im Allgemeinen nicht einmal so viel – und nicht aus Gründen der Ungeschicktheit, sondern eben darum, weil das Archivieren einen extremen Arbeits- und finanziellen Aufwand erfordert.) Aus dem Projektbudget könnten im optimalen Fall 5.000 digitalisierte Interviews angefertigt werden in jener Qualität, die von den betreuenden Institutionen in Aussicht gestellt wurde. Ergebnisse und Fiaskos von Programmen, die die Erinnerungsrituale von GymnasiastInnen stützen (wie etwa das neueste österreichische mit dem Titel *Letter to the Stars*⁴), sind von Zeit zu Zeit in der internationalen Presse ausführlich nachzulesen und stehen in den internationalen Organisationen für Geschichtsunterricht ebenfalls regelmäßig zu Debatte.

2. Im Projekt vermischen sich zwei, an sich edle und begrüßenswerte, aber miteinander unversöhnliche Aspekte:

- a) die Auseinandersetzung der Gymnasiasten mit der Vergangenheit und
- b) die kompetente Aufarbeitung und Digitalisierung einer Quelle für die Erkundung der Vergangenheit.

Die zwei Aspekte sind darum unversöhnlich, weil sie sich gegenseitig auslöschende Attitüden voraussetzen:

- a) einerseits wäre bei den Jugendlichen das Ziel relevant, durch die erzählten Geschichten die Historie *nachzuempfinden*;

5 OHA: http://www.rev.hu/html/hu/_6_1.html, Sammlung Historischer Interviews: <http://www.tit.oszk.hu/en/index.html>, Centropa: <http://www.centropa.org>, OSA: <http://www.osa.ceu.hu>

b) andererseits sollte im Zuge der Archivierung, Organisation, Forschung und Interpretation ein grundsätzlicher *professioneller* Standard zur Geltung kommen. Natürlich ist es denkbar, solche doppelt ausgerichteten Programme zu entwerfen, wenn die Zeit drängt. Dazu ist aber die gemeinsame und koordinierte Arbeit der für die Projektziele engagierten SchülerInnen und LehrerInnen, ortskundigen Zivilisten und ebenfalls ortskundigen professionellen Sozialwissenschaftler nötig, die die erlebnisorientierte Auseinandersetzung und die professionelle Forschung klar auseinanderhält. Im vorliegenden Programm geht es überhaupt nicht darum, weil die *Ausgangsquelle* in beiden Fällen identisch ist: Die Interviews werden von *SchülerInnen* durchgeführt, die nachher vom *Fach* als aufgearbeitete wissenschaftliche Quelle der Öffentlichkeit präsentiert werden. Was kann dies zur Folge haben? Wenn a) von den SchülerInnen professionelle Arbeit erwartet wird, dann geht notwendigerweise das *Erlebnis* verloren. Wenn b) sich die SchülerInnen mit der Vergangenheit auseinandersetzen, dann wird die *Quelle* unbrauchbar. Weiters ist es absurd, dass die regelmäßige weitere Betreuung der zu etablierenden virtuellen Erinnerungszentren ebenfalls den Gymnasiasten anvertraut wird.

3. Bei der Auflistung der Zielgruppen verschwendet der Antrag kein Wort auf zivile Initiativen, deren ein solches Projekt nicht entbehren kann (von den landesweiten Organisationen in Ungarn sollen mit Blick auf das pädagogische Programm der *Verband der GeschichtslehrerInnen* und der *Raoul Wallenberg Verein*, mit Blick auf die Sozialwissenschaften die *Ungarischen Gesellschaft für Soziologie* und der *Hajnal István Kreis* erwähnt werden, die Reihe ließe sich aber fortsetzen, auch hinsichtlich der Zivilorganisationen vor Ort). Denke man nur daran: Das Projekt *Stolpersteine* lebte in Ungarn nur so lange, bis es mit deutschen Geldern unterstützt wurde – seitdem es allein geblieben ist, hört man von ihm kaum mehr.

4. Der Entwurf zentralisiert letzten Endes die scheinbar lokale Wissensproduktion und richtet lediglich virtuell ein landesweites Netz der Erinnerung ein. Dadurch, dass das *Haus des Terrors* oder seine Partnerinstitutionen die audiovisuellen Quellen versammeln (und vor Ort außer der gebrauchten Videokamera nichts lassen), werden sich die Einwohner der von SchülerInnen aufgesuchten Ortschaften an die vergangenen 70 Jahre nicht intensiver erinnern.

5. Der historische und methodische Teil der Machbarkeitsstudie ist mehr als amateurhaft, besteht teils aus läppischen Gemeinplätzen, teils aus professionell unhaltbaren Aussagen. Der Wissensstand über die zu untersuchende Epoche ist weitaus besser, auch was die mündlichen Quellen betrifft (cf. *Oral History Archiv* [OHA], *Sammlung Historischer Interviews*, *Centropa*, *Open Society Archive* [OSA]).⁵ Die Fokussierung auf den Untersuchungszeitraum ist ebenfalls unklar. Warum wurden gerade die Grenzen 1938 und 1988 gesetzt? Etwa deshalb, um die mit diesen Jahreszahlen eingefangenen, eigentlich recht unterschiedlich repressiven, brutalen etc. Regimes miteinander zu verwechseln, gar um den Preis, den Zeitraum der Wende auszuklammern? Dadurch schafft das Konzept auf unbegründete Weise regionale Unterschiede, die zumal – als Lehre der EU-Anträge – als »Risikofaktoren« angeführt werden. Ein in der Problematik bewandeter, seinen Beruf ernst nehmender Historiker, Soziologe würde dies nie zu Papier bringen, denn es ist ein Gemeinplatz, dass z.B. in einem kleinen nordungarischen Dorf nicht dasselbe geschah wie in einer Stadt im südlichen Transdanubien. Die Ereignisse haben sich jedoch unter je einem Regime zugetragen, und das Regime war in seiner Gesamtheit und – in seinen unterschiedlichen – Realitäten auf jedem Quadratmeter Ungarns präsent.

6. Die *Oral History*, eine fast hundert Jahre alte Methode, wurde bereits in zahlreichen Formen praktiziert. Heutzutage erfolgt die Archivierung hauptsächlich ihrem biografischen Ansatz entsprechend. Darüber, d.h. über die konkret anzuwendende Methode, Technik gibt es kein einziges Wort in der Studie, die jedoch von Begriffen wimmelt, die die Fachkompetenz der Verfasser grundsätzlich in Frage stellen. Ad 1: Für ein Interview nach dem Typ der *Oral History* wird kein »Fragebogen« verwendet, der das Instrument der quantitativ soziologischen Erfassung und der Meinungsforschung ist. Für solche Interviews wird höchstens ein *roter Faden* bereit gestellt, der von einem professionellen Methodologen des Interviewens ausgearbeitet wird. Ad 2: Das Training für die Durchführung solcher Interviews nimmt weltweit (und auch bei uns) mindestens zwei Wochen (an den Universitäten ein ganzes Semester) in Anspruch, nachher sollen Testinterviews erstellt und dessen Lehren besprochen werden, ehe man sich an das

Interviewen macht. Das Interviewen ist ein Beruf, keine wissenschaftliche Hilfsarbeit in der Art des Interviewers bei Meinungsumfragen. Die Lebensgeschichte in Erinnerung zu rufen, ist in jedem Fall (und hier geht es zumal um alte Menschen) ein riskantes Unterfangen: Es können Traumata auftauchen, die im »roten Faden« nicht vorgesehen waren und die den Interviewer in eine schwierige (im Fall der Jugendlichen in eine nicht zu bewältigende) Situation bringen können. Denke man nur daran: Für einen Historiker wäre es äußerst wichtig zu wissen, dass die Frau im Konzentrationslager sterilisiert oder der Mann von der Behörde der Staatssicherheit gnadenlos gefoltert wurde. Kann man das einem Jugendlichen erzählen? Wenn die Frau oder der Mann dies (zurecht) nicht tut, büßt »nur« die Sozialforschung Verluste ein und neue Spirale des Verdrängens setzen sich in Bewegung. Werden aber diese Geschichten erzählt, so wird der Jugendliche in eine schwierige Situation gebracht, besonders dann, wenn das Interview mit einem Familienmitglied durchgeführt wird, und erst recht, wenn diese Erlebnisse in der Familie vorher nicht bekannt waren. Im Projekt wird für die psychische Betreuung der Jugendlichen (ebenfalls) kein Geld vorgesehen. Und was geschieht dann, wenn der Erzähler – gegebenenfalls die Großmutter oder der Großvater – unter der Last des Erzählens zusammenbricht? Wer hilft ihnen? Diese Fragen erscheinen ebenso wenig in der Machbarkeitsstudie, wenngleich die Sekundärliteratur des Themas enorm groß ist. Ad 3: Die Durchführung solcher Interviews setzt gründliche Kenntnisse über die allgemeine und lokale Geschichte voraus, über die die GymnasiastInnen – und ihre LehrerInnen, Gemeinschaften, wie es auch vom Antrag zugegeben wird – nicht verfügen. In Ermangelung dieser Kenntnisse kann der Interviewer gegebenenfalls nicht ermessen, worüber der Erzähler berichtet und welche Fragen in sinnvoller Weise zu stellen wären, um eine wirklich aussagekräftige *wissenschaftliche Quelle* zu produzieren. Es ist zu befürchten, dass Tausende von professionell gesehen nicht verwertbaren und unbrauchbaren Interviews zustande kommen, wobei die eigentliche Auseinandersetzung ebenfalls nicht erfolgt. Ad 4: Das *Oral History-Interview* ist eine der teuersten wissenschaftlichen Methoden in der Sozialforschung. Die Durchführung eines Interviews kostet heute 25.000 HUF (98 EUR), das Abtippen 20.000 HUF (78 Euro), seine Digitalisierung, Montage pro Interviewstunde 6.000 HUF (24 Euro), seine minimale Aufarbeitung (d.h. die Eingabe von Suchmodalitäten auf der Website) 25.000 HUF (98 Euro). (Und hinzu kommt noch der technische Hintergrund.) Es ist ein Ausschlag gebender Punkt, wofür die extrem große Arbeit aufgebracht wird, denn im Fall eines dürtigen Rohmaterials generiert das durchgeführte Interview weitere überflüssige Kosten. Ad 5: Für ein später recherchierbares Interview sollen die Befragten eine sog. »Einverständniserklärung« unterzeichnen. Darin verfügen sie darüber, in welcher Form das Interview veröffentlicht und recherchiert werden darf. Um die Ausfüllung dieser Erklärung darf nur ein volljähriger Forscher die Interviewpartner bitten, Gymnasiasten nicht.

7. Übertreibend bzw. uninformiert ist jener Teil des Projekts, der vorgibt, das Erste auf dem Bereich zu sein. Zahlreiche Institutionen, Forschungsstellen und ForscherInnen sind im Besitz der verschiedensten und professionell gesehen mehr oder weniger gründlich vorbereiteten Interviews. *Nicht einmal* der Großteil dieser Interviews wurde bis jetzt aufgearbeitet, d.h. bereits auf dieser Basis wäre die Erforschung der Epoche möglich, zumindest im Rahmen einer vorläufigen Machbarkeitsstudie. Dieser Korpus könnte und sollte natürlich erweitert werden, und dies erfolgt auch aus unterschiedlichen Quellen des Budgets und der Forschungsförderung. In der VMS ist die Bestandsaufnahme der existierenden ungarischen Interviewarchive ebenfalls lückenhaft. Am Material im *Oral History Archiv* ist z.B. nicht jener Aspekt »auszusetzen«, dass es den GeschichtslehrerInnen nicht zugänglich ist (dies hätte kein Problem bedeutet), sondern dass es sich eine Zeit lang auf Ereignisse und Personen konzentrierte, d.h. hauptsächlich die Eliten dokumentierte, nicht die einfachen Menschen. Das Archiv ist keine ausgesprochene sozialhistorische Quelle. Das Material der *Shoah Foundation* wurde unseres Wissens deshalb nicht in Ungarn untergebracht, weil das Budapester *Holocaust-Dokumentationszentrum* nach seiner Errichtung zu keiner Übereinkunft mit Steven Spielberg kommen konnte (was vielleicht nicht unmöglich gewesen wäre), und folglich die Zweitexemplare an die *Freie Universität Berlin* weitergegeben wurden, wo man sie bereits recherchieren kann – ein Kooperationsabkommen mit der FU wäre möglicherweise denkbar, aber unseres Wissens wurde dies bis dato von keiner ungarischen Institution angestrebt. Ebenfalls an der FU ist die Datenbank des Projekts *Dokumentation Sklaven- und Zwangsarbeit*

6 Cf. <http://www.szociologia.hu>.

zu finden mit ungarischsprachigen (in Ungarn und der Slowakei durchgeführten) Interviews. Weiters sind für die Forschung die 600 digitalisierten Interviews, darunter 60 in Ungarn aufgenommen, des *Mauthausen Memorial* zugänglich – und von der VMS ebenfalls unerwähnt. In Ungarn wurden – außerhalb der institutionellen Archive, für Forschungszwecke und ausschließlich aus Antragsgeldern – in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 1.000 Interviews zu den einzelnen Aspekten des 20. Jahrhunderts durchgeführt. (Einige Beispiele: die sozialwissenschaftlichen Institute der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die Corvinus Universität, die Eötvös-Loránd-Universität Budapest, die Universitäten in Debrecen, Miskolc, Pécs, die sozialwissenschaftlichen Doktorandenschulen etc.) Die Sammlung und Erfassung dieser für Forschungszwecke durchgeführten Interviews in einer Datenbank hat sich vor kurzem die zivile Initiative *Archiv der Stimme des 20. Jahrhunderts*⁶ zum Ziel gesetzt. Techniken und erkenntnistheoretischer Hintergrund des Interviewens werden ebenfalls seit fast zwei Jahrzehnten an jeder sozialwissenschaftlichen bzw. philologischen Fakultät unterrichtet. Mehrere Dutzende begabte StudentInnen erwerben sich jährlich die Techniken des Interviewens (d.h. es kann nicht die Rede davon sein, dass es – eine Generation »höher« – nicht genügend sog. »Human Resource« für die Vorbereitung der Gedächtnisarbeit zur Verfügung stünde).

8. Es suggeriert eine Art Engstirnigkeit, dass im Projekt mit keinem Wort die weit- aus älteren ausländischen Partnerinitiativen erwähnt werden: die *Karta* (Polen), das *Memorial* (Russland), die die komplexe Geschichte des 20. Jahrhunderts dokumentieren (im Gegensatz zum Bild, das uns der Antragsteller einprägen möchte). Die *Karta* bis hin zur *Solidarność*, das *Memorial* bei dem GULAG ansetzend. Seit mehreren Jahrzehnten funktionieren die internationalen Fachorganisationen der *Oral History* und der sog. biografischen Methode mit eigenen Zeitschriften und ungarischen Mitgliedern. Zitiert der Antragsteller diese Initiativen aus Gründen der Unkenntnis nicht, soll die Reihe nicht fortgesetzt werden ...

II. Formale Anmerkungen

1. Der aus 47 locker beschriebenen Seiten bestehende Text ist nicht frei von störenden Schreibfehlern. Er ist in einem holprigen Bürokratenkauerwelsch verfasst und weder ungarisch noch englisch ist es gelungen, das Schlüsselwort »Geschichte« korrekt abzutippen, z.B. steht so auf Seite 23 »trötélemtanárok« [korrekt: »törtélemtanárok«] für GeschichtslehrerInnen, auf den Seiten 25 und 34 »oral histroy« – und die Reihe ließe sich noch fortsetzen. Und es ist nur zu hoffen, dass so sinnstörende Wendungen wie »die noch in Ungarn lebenden Märtyrer des Holocaust« (p. 10) in der endgültigen Fassung nicht aufscheinen und nur der Hast und Übereile zuzuschreiben sind.

2. Wegen der äußerst ungenauen Struktur und der unvollständigen Ausführung der einzelnen Unterpunkte in der VMS, kann sich das Material mit den anderen, bedeutenderen F&E-Forschungen im ungarischen Projektsystem wie Széchenyi, Jeddik, NKFP etc., die sich zudem im Vergleich zum Budget dieses Programms bescheiden annehmen, sicherlich nicht messen. (Bei diesen war übrigens das Oberlimit seit einigen Jahren schon 100 Millionen HUF (393.700 Euro), heuer liegt dieses bei Forschungen mit einem ähnlichen Profil bei 30 Millionen [118.110 Euro]): Es wäre also im ungarischen Ausschreibungssystem schon auf Grund rein formaler Kriterien disqualifiziert worden. Es fehlt jegliche fachliche (theoretische, methodische, mit einem auch die Nachbardisziplinen berücksichtigenden, ausgewählten Literaturverzeichnis ausgestattete) Projektbeschreibung. Es fehlen weiters auch eine transparente (den ungarischen buchhalterischen Regeln und Normen folgende) Kostenrechnung sowie die Lebensläufe und Publikationslisten der für die Realisierung verantwortlichen Personen, die deren Fähigkeiten, frühere ähnliche Forschungen und Publikationstätigkeiten dokumentieren sollten. Über das »Endprodukt« fällt kein einziges, fachlich interpretierbares Wort, wie auch kein detaillierter Stufenplan zur Realisierung des Projektes vorliegt.

3. Obzwar es sich um ein »ausgesuchtes« – d.h. nicht auszuschreibendes – Projekt handelt, sollte in diesem Fall vielleicht gerade deshalb noch vielmehr den EU-Richtlinien bezüglich einer VMS entsprochen werden. Einen so großen Betrag wird man wohl kaum zweimal für dasselbe Programm abrufen können: Und im Fall der Realisierung wird dann

eben dieses – und nur dieses – Programm jenen Stellenwert repräsentieren, den der ungarische Staat der Arbeit bezüglich eines gemeinsamen europäischen Gedächtnisses beimisst.

4. Das sozialwissenschaftliche Fach arbeitet in der Regel nicht im Rahmen ausgeschuchter Projekte, sondern hat sich für ähnliche Arbeiten Bruchteile der obigen Summe entweder aus staatlicher, budgetärer Förderung oder über ungarische, ausländische bzw. EU-Ausschreibungen sichern können. Eine budgetäre Förderung wird im Rahmen und nach einer parlamentarischen Debatte vergeben, und Einrichtungen, die Ausschreibungen machen, lassen sich oft haarspalterisch genau die minimalsten Details des Forschungsvorhabens dokumentieren, setzen die ganze Ausschreibung einem harten Wettbewerb aus. Die weitverzweigte Literatur der Gedächtnisforschung, ihre methodische Schulen sind in der Fachdisziplin wohl bekannt. Die hier gebräuchliche – in der VMS nicht einmal ansatzweise zu findende – Darstellung des *state of the art* wird von jeder Forschungsfinanzierungseinrichtung auch deshalb verlangt, damit klar werde, welche Richtung und Methode der Antragsteller vertritt – wird sich doch das im Späteren auf die ganze Forschung auswirken. Allein das vorliegende Projekt wäre aber wohl überall wegen Formfehler automatisch abgelehnt worden. Nota bene: Bei EU-Projekten ist die Auszahlung der nächsten Förderungsrate abhängig vom zeitadäquaten Abschluss des vorherigen Projektteils. Im Fall der heuer oder voriges Jahr ausgeschriebenen Projekte mit ähnlichen Themen beträgt der notwendige Eigenfinanzierungsanteil mindestens 20 %, macht aber nicht selten sogar 40 % aus. Im Fall der auch sonst recht gut ausstaffierten GSEMOGG (zu den annähernd 200 Millionen HUF [787.400 Euro] ausmachenden Einnahmen legte erst jüngst das Budget weitere 200 Millionen dazu) halten wir eine hundertprozentige Finanzierung für unbegründet.

5. Allein wir sind ein wenig voreilig – sind uns doch die Ausschreibungsunterlagen nicht bekannt, denn diese hat weder das Ministerium für Bildung noch die NEA oder die GSEMOGG der Presse übergeben. Dennoch kann riskiert werden, zu behaupten, dass der Text der Ausschreibung in wesentlichen Punkten nicht von der VMS abweicht (ja nicht abweichen darf), und die VMS sogar das detailliertere Material ist. Im Fall der EU-Projekte müssen Projekte mit einem Budget größer als eine Million Euro ausgeschrieben werden. Die Ausschreibungen müssen in allen Fällen öffentlich sein.

6. In der VMS steht, dass die »Erinnerungspunkte« ein präferiertes Projekt im Rahmen des Operativprogramms zur sozialen Innovation sei, allein über die Details dieses außerordentlichen Status oder die Methoden der Auswahl konnten wir auf keiner Homepage öffentlich zugängliche Unterlagen finden. Bleibt daher die Frage, wer hier Lobbying betrieben hat und warum man eben für dieses Projekt zuerst bei der NEA, dann bei der EU Lobby gemacht hat? Und warum man nicht, bevor man zum Mittel des Lobbying griff, ein Gutachten heimischer ExpertInnen eingeholt hat, oder – wenn man diesen schon nicht vertraut – eine Meinung von einer internationalen Jury? Einfacher gefragt: Wie konnte man für ein fachlich so schwaches Programm Lobbying betreiben?

7. Das Kuratorium: Das Projekt überlässt die Aufsicht einem ständigen, monatlich bezahlten, zwölfköpfigen Kuratorium (zu den Mitgliedern cf. den Kasten im Text in *Magyar Narancs*). Einige Mitglieder dieses Kuratoriums äußerten sich in der Presse dahingehend, dass ihnen weder das Projekt noch die VMS bekannt sei. Auch wir suchten einige als KuratorInnen angeführte Personen auf, die ebenfalls erklärten, sie hätten keinerlei offizielles Dokument erhalten und seien auch nicht zur Pressekonferenz im März eingeladen gewesen. Was war die Rolle der KuratorInnen, oder was wird sie sein? Wie können sie an einem Projekt teilnehmen, dessen Dokumentation sie nicht kennen?

III. Budget (nur einige Posten, stichprobenartig)

1. Wenn wir obiges mit den Details bezüglich der Budgetierung vergleichen, dann handelt es sich um versteckte *Kinderarbeit*, weil die Interviewertätigkeit der Jugendlichen nicht entgolten wird: also ein Skandal. Und hier soll noch hinzugefügt werden, dass im Normalbetrieb diese »Gratisarbeit« einen der größten Posten in Projekten dieser Art ausmacht.

2. Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten monatlich 300.000 HUF (1.181 Euro), insgesamt 95 Millionen (374.015 Euro). Versuchen wir, diesen Betrag in ein Verhältnis zu den 52 (umsatzsteuerfreien) Millionen (204.724 Euro) zu stellen, die für die Abwicklung der

Einschulung und Ausbildung vorgesehen sind, zu den 125 Millionen (492.125 Euro) (plus Nebengebühren, mit denen das Projekt aber nur zwei Monate rechnet), die als Honorar für die LehrerInnen gedacht sind, und zu jener einen Million (3.937 Euro), die für die anfallenden Reisekosten dieser LehrerInnen vorgesehen sind – und stellen wir uns dazu ein landesweites, mehr als 250 Ortschaften umfassendes Projekt vor, das sich zudem lokale Aktivitäten zum Ziel setzt (ja auf diesen aufbaut). Entweder wandern die SchülerInnen zu Fuß von Pécs nach Drávaszabolcs, von Szolnok nach Tiszavárkony etc. (oder zahlen es sich aus ihrer eigenen Tasche), oder sie gehen eben nirgendwohin. Demgegenüber sind 55 Millionen (216.535 Euro) für Fachkonferenzen budgetiert, 91 Millionen (358.267 Euro) für Marketing, für das EDV-System (das nach dem Haupttext des Antrages aber schon bereit steht) weitere 38 Millionen [149.606 Euro]. Welche »Produkte« diese Posten im Einzelnen verbergen, beschreibt der Text mit keinem Wort. Nur zur Information: Der Durchschnittspreis für die Anfertigung einer Webseite im letzten EU-Projekt mit dem Thema Gedächtnis (wir sprechen natürlich von einem ausgeschriebenen Projekt) betrug 1.500 Euro, für ein digitales »Produkt« (Interview auf einer DVD, Mindestauflage 1.000 Stück) oder für die Herstellung einer Publikation (mindestens acht Seiten in tausend Stück) ebenfalls so viel.

IV. Unser Vorschlag

Wir bedauern es aufrichtig und schämen uns im Voraus vor einer europäischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, dass die NEA ein solches Programm fördert. Der Antragsteller hat uns auf Grund dieses Textes nicht überzeugen können, dass er fachlich ausreichend vorbereitet sei, dieses – an sich durchaus edle – Programm durchzuführen. Wenn sich die GSEMOGG verpflichtet sieht, eine Forschung zu lancieren, die einen ungarischen Erinnerungskanon *begründet*, wird sie zahlreiche Möglichkeiten auf den entsprechenden Homepages der Europäischen Union finden, sich dafür eine Förderung zu sichern und sich auf diese Aufgabe entsprechend vorzubereiten. Für den Aufbau eines noch fehlenden ungarischen und eines internationalen Netzwerks oder für Pilotprojekte kann sie z.B. Unterstützung mit kleineren Summen für eine geringere Laufzeit erhalten (z.B. *Europe for Citizens: Promotion of Active European Citizenship*, Unterprogramm von *Action 4 »Active European Remembrance«*). Auf der Grundlage einer solchen Forschung und eines solchen Erfahrungsaustausches könnte sie dann einen den Realitäten angenäherten Forschungsplan aufstellen, mit dem sie 2009 oder 2010 einen Antrag im Rahmen des *E-Content-Plus Programs* der EU stellen kann, das professionelle Archivierungseinrichtungen fördern wird. Sollte sie aber lieber SchülerInnenprogramme initiieren wollen, so sind auch hier entsprechende Förderungskanäle (z.B. *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research*) leicht ausfindig zu machen. In seiner Gesamtheit ist also dieses Projekt fachlich, methodisch, von seiner Vorgangsweise und finanziell gesehen indiskutabel. Unserer Ansicht nach lohnt es sich aber nur fachlich legitime und ethische, ein Gemeinwesen errichtende, der Öffentlichkeit allgemein zugängliche »Produktion« von *Quellen der gesellschaftlichen Erinnerung* aus öffentlichen Geldern zu fördern.

Eszter Balázs Sozialhistorikerin; *József Böröcz* Sozialwissenschaftler; *Gábor Erőss* Soziologe; *Judit Gárdos* Soziologin; *Zsolt K. Horváth* Sozialhistoriker; *Éva Kovács* Soziologin; *Borbála Kriza* Soziologin; *Attila Melegh* Soziologe; *Krisztián Ungváry* Historiker; *Zsuzsanna Vidra* Soziologin